



*MDR-Standort Thüringen stärken - Einrichtung von Redaktionen und zusätzliche Investitionen im Rahmen des Umbaus „MDR 2017“ und Notwendigkeit der Novellierung des MDR-Staatsvertrages*

*Antrag der Fraktionen der CDU, DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*

*- Drucksache 6/991 -*

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion der AfD hat der Abgeordnete Brandner das Wort.

**Abgeordneter Brandner, AfD:**

Meine Damen und Herren, die Vorredner haben ein ziemlich düsteres Bild von der Situation des MDR gezeichnet. Dieses Szenario, das Sie da ausgebreitet haben, ist vielleicht auch darauf zurückzuführen, dass die anderen Landesregierungen Sie nicht mögen. Vielleicht mögen die anderen Landesregierungen in Sachsen und Sachsen-Anhalt nicht mit Ihrer Hippie-Regierung verhandeln und haben gesagt, das machen wir ohne Sie.

(Beifall AfD)

Der MDR hat Großes vor. Unter dem Titel „MDR 2017“ soll die Organisation und Zuständigkeit nicht mehr nach den bisherigen Mediengattungen, sondern nach Inhalten und Ressorts orientiert, also trimedial werden. Das haben wir schon gehört. Damit sollen auch Veränderungen in der Standortstruktur einhergehen. Das betrifft wirtschaftliche Potenziale und Arbeitsplätze auch in Thüringen – darauf hatten Sie hingewiesen –, namentlich in Erfurt. Es deutet sich an, dass Erfurt – wie bisher auch – leer ausgehen könnte. So erklärt sich aus unserer Sicht der hektische Aktionismus, der hier den gesamten Block der Altparteien von ganz links bis ganz rechts erfasst hat. Wir wurden da nicht gefragt, weil wir eine andere als diese Einheitsmeinung haben. Und die lege ich Ihnen jetzt dar.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, lehnt auch die AfD-Fraktion eine Benachteiligung Thüringens gegenüber Sachsen und Sachsen-Anhalt ab. Insoweit, toller Antrag, Zustimmung von uns. Wir stellen uns allerdings in diesem Zusammenhang grundsätzlichere Fragen und wundern uns, dass dieser Aufschrei ausgerechnet jetzt erfolgt. Von den rund 2.000 fest angestellten Mitarbeitern, die der Drei-Länder-Sender ausweist, sind nur wenige – die Zahlen gehen da auseinander, Herr Wucherpfennig sprach von 1 Prozent, Herr Blechschmidt hatte ein paar mehr –, also nur wenige Mitarbeiter in Thüringen beschäftigt. Das Verhältnis ist aber nicht neu, sondern immer schon

so. Meine Freunde von der CDU, haben Sie nicht 1991 diesen Staatsvertrag verhandelt und unterschrieben und 25 Jahre lang Zeit gehabt, sich für den Medienstandort Thüringen auch insoweit einzusetzen? Das haben Sie nicht gemacht. Jetzt machen Sie sich zum Büttel der Linksfrontkoalition, hier auf der linken Seite bis zur Mitte, und schwingen sich zum Verteidiger der Rundfunkinteressen Thüringens auf. Das ist zumindest erklärungsbedürftig. Oder haben Sie 25 Jahre einfach geschlafen?

(Beifall AfD)

Unsere Zustimmung, meine Damen und Herren – ich mache jetzt ein bisschen harmonischer weiter –, zunächst dazu, wo der Antrag fordert, dass auf Veränderungen hingewirkt werden soll. Was für uns Veränderungen sind, sage ich Ihnen gleich. Was Ihre Veränderungen sind, sage ich Ihnen jetzt: Sie wollen einen größeren Kuchen und davon auch ein größeres Stück. Und das sind Veränderungen, die wir nicht mitmachen werden.

(Beifall AfD)

Wir von der AfD wollen nämlich den Kuchen, also die rund 8 Milliarden Euro, die jährlich in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk fließen, zunächst verkleinern –unseres Erachtens reichen auch ein paar Kekse vielleicht aus – und die Zwangsgebührenpflicht und faktische Rundfunksteuer abschaffen, das ist unser Ziel,

(Beifall AfD)

mit uns gibt es also kein „weiter so!“. Alles muss auf den Prüfstand gestellt und hinterfragt werden. Dass Sie von den Altparteien – ich nenne das hier mal Thüringer Einerlei, das ist mir gerade in den Sinn gekommen – den Staatsfunk genauso wie den gesamten Staat als ihre Beute betrachten, hatte ich schon mehrfach dargelegt und nachgewiesen, und ernsthaft bestreiten tun Sie das alle ja auch nicht.

Zur wichtigsten Frage gehört, ob der gesamte Staatsfunk, also auch der MDR, das wert ist, was die Bürger für ihn Monat für Monat und pro Haushalt bezahlen, einschließlich Mehrfachzahlungen, die dadurch zustande kommen, dass man im Hotel dann wieder bezahlt, dass der Arbeitgeber bezahlt, dass man teilweise im Auto bezahlen muss, dass man in den Supermärkten bezahlt: 300 Euro im Jahr. Der MDR erzielte 2014 Einnahmen von rund 775 Millionen Euro, davon rund 622 Millionen Euro Zwangszahlungen der Bürger, übrigens 190 Millionen mehr als im Jahr zuvor, also ein ganz üppiger Zuwachs. Jetzt stellen wir uns natürlich die Frage, ob die 622 Millionen Euro Zwangsbeiträge für einen MDR mit rund 2.000 Mitarbeitern viel oder wenig sind. Wir vergleichen das mal mit dem Haushaltsplan 03 – Herr Poppenhäger ist unterwegs, das betrifft das Thüringer Innenministerium –: Da haben wir Ausgaben von 585 Millionen Euro, also etwa 40 Millionen Euro weniger als das, was der MDR allein durch Zwangseinnahmen einnimmt, für 2.000 Leute. Von diesen 585 Millionen Euro im Innenhaushalt werden aber unter anderem 6.000 Polizisten bezahlt, meine Damen und Herren, das macht allein schon deutlich, dass die 40 Millionen Euro mehr für etwa nur ein Drittel der Mitarbeiter, nämlich für die 2.000, die beim MDR arbeiten, sehr viel sind und das eine äußerst kostspielige Angelegenheit darstellt. Da müssen die Reformen ansetzen.

(Beifall AfD)

Jetzt wäre von Ihnen, wenn Sie nicht alle schon eingedämmert wären, der Zwischenruf gekommen: Ja, aber Qualität hat eben ihren Preis! Da fragen wir uns natürlich: Liefert denn der MDR für diese ungeheuren Summen von über 770 Millionen Euro das, was verlangt werden kann?

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Das tut er!)

Dahinter haben wir ein dickes Fragezeichen gesetzt. Herr Hey, Sie können ja gleich noch mal erzählen, was Sie so toll am MDR finden.

(Unruhe AfD)

Wir können jedenfalls von dem Auftrag, der dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk obliegen sollte, nämlich dem Bildungsauftrag, nicht ansatzweise erkennen, dass damit irgendetwas funktioniert. Herr Hey, Sie können gleich noch ein paar tolle Sendungen sagen, die Ihnen imponieren, wahrscheinlich der Polizeiruf von 1973.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Von früh bis spät – tolle Sendungen!)

(Beifall AfD)

Wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk insgesamt, so ist aber auch der MDR mehr als ein Rundfunksender und Netzanbieter. Er ist Bestandteil einer fast undurchdringlichen Struktur von Beteiligungen und Querfinanzierungen, die allesamt durch Zwangsfinanzierung getragen werden. Ich hatte schon erwähnt, rund 8 Milliarden Euro im Jahr, das entspricht also – das ist vielleicht für Sie dann eingängiger – etwa dem Betrag, den Sie als Gutmenschen dieses Jahr für die Völkerwanderung in Deutschland aufwenden wollen.

Meine Damen und Herren, vor etwa einem Jahr hat die Intendantin des MDR ein Schreiben an die Gremien verschickt, auch dabei ging es um den Umbauprozess 2017. In dem Schreiben heißt es, dass der Strukturwandel des MDR notwendig sei, um auf dem Rundfunkmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben. Ich glaube, die Dame hat das ernst gemeint. Wir fragen uns: Wettbewerb mit einer Zwangsfinanzierung von 622 Millionen Euro im Rücken? Also unter Wettbewerb verstehen wir etwas anderes, das ist definitiv kein Wettbewerb. Ich sage Ihnen,

(Beifall AfD)

was die staatsfunksteuergemästeten öffentlich-rechtlichen Sender unter Wettbewerbsfähigkeit verstehen: Sie verstehen darunter wettbewerbsverzerrende Preisabsprachen, wie jüngsten Berichten zu entnehmen ist. Danach ermittelt das Bundeskartellamt gegen Tochterfirmen von ARD und ZDF, die Bavaria Studios. Dazu die FAZ vom 08.09.2015, ich zitiere: „Die Anstalten und ihre Töchter seien ‚marktbeherrschend‘ oder zumindest ‚marktmächtig‘. Sie kalkulierten Preise, die ‚nicht marktkonform‘ seien. Die quersubventionierten Preise der Tochterfirmen [...] Gerade bei Aufträgen zu Fernseh-Produktionen würden diese [Tochterfirmen] massiv bevorzugt. Dies stelle ‚eine massive und missbräuchliche Behinderung des Wettbewerbs‘ dar, man könne dies als ‚unzulässige Absprachen‘ werten.

Meine Damen und Herren, genauso macht es der Staatsfunk, genau das ist Wettbewerb, wie ihn sich der Staatsfunk vorstellt. Das ist gar kein Wettbewerb. Es geht ihnen nicht um Wettbewerb und dem Staatsfunk auch nicht, sondern um die Verdrängung privater Konkurrenz, um dadurch eine staatliche, zwangsbeitragsfinanzierte Monopolmacht der Öffentlich-Rechtlichen beizubehalten. Das gilt auch für den MDR, ganz konkretes Beispiel, auch da ermittelt das Kartellamt, denn an der Bavaria Film GmbH ist der MDR nicht etwa direkt beteiligt, sondern über eine DREFA Media Holding GmbH. Also der MDR steckt in diesem Sumpf mittendrin.

Die öffentlich-rechtlichen Staatssender haben sich zu einer nimmersatten Krake entwickelt, meine Damen und Herren, die den Wettbewerb verzerrt und dadurch ein Wachstumshemmnis und ein Wachstumshindernis ist. Und das alles steht – und Ihnen scheint das alles gar nicht peinlich zu sein – unter Ihrem Schutz von links bis rechts. Verständlich für uns, dass Sie an der Macht der öffentlich-rechtlichen Medienmonopole partizipieren wollen und sich diese dienstbar halten. Das klappt wunderbar, wie man jeden Tag hören und sehen kann. Auf die XY-Geschichte hatte ich gestern Abend – der eine oder andere wird sich vielleicht erinnern – schon hingewiesen. Mit einer freien Informationsgesellschaft, wie wir sie uns wünschen, meine Damen und Herren, hat das nichts zu tun.

Wir sind – ich fasse zusammen – gegen eine Benachteiligung des Medienstandorts Thüringen, aber für eine Veränderung im Sinne einer drastischen Reduzierung und Verschlankung. Nicht also mehr für Thüringen muss das Ziel sein, sondern deutlich weniger für Sachsen und Sachsen-Anhalt.

(Beifall AfD)

Kein „Weiter so!“ und größerer Kuchen zulasten der Bürger und zum Wohle der öffentlich-rechtlichen Senderkrake, sondern weniger zugunsten von Wettbewerb und Freiheit und zulasten der GEZ-Eintreiber – das ist das Gebot der Stunde. Und das unterstützen wir! Das sehen wir in diesem Antrag, den Sie allerdings unterbreitet haben, nicht. Gleichwohl würden wir der Ausschussüberweisung zustimmen und im Ausschuss reden wir dann weiter. Danke schön.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Das Wort hat der Abgeordnete Pidde, SPD-Fraktion.